

Sieben Fragen an Dorothea Schäfer

„Der Steuerzahler soll für sein Engagement etwas zurückbekommen“



Frau Dr. Schäfer, brauchen wir eine staatliche Bad Bank?

Wir brauchen eine Bad Bank, die Problemaktiva der Banken aufnimmt, weil bisher keine nachhaltige Stabilisierung durch das vorhandene Rettungspaket gelungen ist. Zudem sind die Arbeiten an einer neuen Finanzmarktarchitektur noch nicht in einem konkreten Stadium.

Welche Aufgaben sollte eine solche Bad Bank übernehmen?

Eine Bad Bank soll die Banken von Ihren Problemassets befreien und diese dann verwerten. Allerdings sind die Möglichkeiten bei den Aktiva, die Bezug zum amerikanischen Hypothekenmarkt haben, begrenzt. Hier kann man wahrscheinlich nur abwarten, bis sich die Marktsituation für diese Problemaktiva verbessert.

Das DIW Berlin hat ein Modell für eine Bad Bank entworfen.

Was unterscheidet dieses Modell von bisherigen Überlegungen?

Der wesentliche Unterschied unseres Modells ist, dass die Abgabe von Problemaktiva an eine staatliche Bad Bank zu einem Preis von null geschehen soll. Das wird dann Wertberichtigungen bei den Banken verursachen und das Eigenkapital stark reduzieren. Deswegen muss eine Rekapitalisierung durch den Staat erfolgen. Unser Modell bringt Verstaatlichung und Bad Bank zusammen. Das ist kein Gegensatz, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille.

Von welchen Summen ist bei der Rekapitalisierung die Rede?

Momentan liegen bei den Banken Problemaktiva zwischen 200 und 300 Milliarden Euro. Das ist die Höchstgrenze, die auch für die Rekapitalisierung der Banken aufzubringen wäre. Das Entscheidende daran ist, dass diese Summe nicht für die Kapitalisierung der Bad Bank gebraucht wird, weil wir davon ausgehen, dass die Problemaktiva zu einem Preis von null übertragen werden. Die Summe wird gebraucht, um die verbleibenden Good Banks zu rekapitalisieren. Das heißt, der Staat bekommt dann auch was

dafür, nämlich eine risikoarme Beteiligung an den Good Banks.

Die Problemaktiva sollen zu einem Preis von null übernommen werden. Zu welchen Lasten geht der Verlust?

Der Verlust ist zunächst einmal von den Aktionären der Banken zu tragen. Das entspricht auch den marktwirtschaftlichen Prinzipien der Ordnungspolitik. Wenn sich herausstellen sollte, dass diese Problemaktiva tatsächlich mehr wert waren, dann wird es zu Überschüssen bei der Bad Bank kommen. Unser Modell sieht vor, dass diese Überschüsse an die Altaktionäre zurückgegeben werden, das heißt, ein unbilliges Tragen von Verlusten ist damit ausgeschlossen.

Welche Folgen hätte die Einrichtung einer Bad Bank für den Steuerzahler?

Für den Steuerzahler hat unser Modell den Vorteil, dass er sein Geld in die Rekapitalisierung einer Good Bank steckt und nicht in die Kapitalisierung einer Bad Bank, mit dem hohen Risiko, dass diese Verluste erzielt. Der Steuerzahler hat zwar zunächst die Belastungen für das Aufbringen der hohen Anfangssumme für die Rekapitalisierung der Good Banks, aber er bekommt dafür relativ risikoarme Beteiligungen. Diese kann er mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder verkaufen, wenn sich die Lage beruhigt hat. Er hat somit gute Aussichten, mit wenig oder gar keinen Verlusten aus der Finanzmarktkrise wieder herauszukommen.

Drängt die Zeit?

Die Zeit, um die Banken von den Problemassets zu befreien, drängt, denn die Stabilisierung des ganzen Systems lässt nach wie vor auf sich warten. Die quartalsweise eintretenden Wertberichtigungen bringen immer neue Unruhe in den Bankensektor. Auch kommen einige Banken bereits an die Grenze, ab der eigentlich die Bankenaufsicht eingeschaltet werden müsste. Insofern muss die Befreiung von den Problemaktiva und die Rekapitalisierung definitiv noch in diesem Jahr erfolgen.

PD Dr. Dorothea Schäfer
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin der
Abteilung Innovation,
Industrie, Dienstleistung
am DIW Berlin

Unser Modell
bringt Verstaat-
lichung und
Bad Bank
zusammen.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige Inter-
view zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.